

Datum: 04.02.2021
Telefon: 0 233-22805
Telefax: 0 233-989 22805

Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA-2-12

Haushalt 2021

Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts im IT-Referat auf Grundlage der in der Vollversammlung am 19.11.2020 (Nr. 20-26 / V 01811) bzw. 16.12.2020 (Nr. 20-26 / V 02247) beschlossenen Vorgaben zum Haushaltssicherungskonzept

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 02601

Beschluss des IT-Ausschusses vom 17.03.2021 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. An das IT-Referat, GL

Die monetäre Vorgabe des Haushaltssicherungskonzepts wird eingehalten. Daher erhebt die Stadtkämmerei insoweit keine Einwände.

Das IT-Referat stellt in der Beschlussvorlage dar, dass durch die verzögerte Durchführung von bereits angelaufenen Projekten Mehrkosten entstehen können. Wir weisen darauf hin, dass diese aufgrund der sich weiterhin abzeichnenden schwierigen finanziellen Situation in den Folgejahren allenfalls aus dem eigenen Budget zu finanzieren sind.

Zu den fachlichen Auswirkungen und Konsequenzen kann seitens der Stadtkämmerei als Querschnittsreferat keine Aussage getroffen werden. Dazu müssten die Fachreferate befragt werden.

Wir bitten diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen), das Büro des Oberbürgermeisters und das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

gez.

II. Abdruck von I.

Direktorium HA II – V,
Büro des Oberbürgermeisters
Revisionsamt
it@M, BdWL

III. zum Vorgang



WG: Haushalt 2021; Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts im IT-Referat auf Grundlage der in der Vollversammlung am 19.11.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 01811) bzw. 16.12.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 02247) beschlossenen Vorgaben zum Haushaltssicherungsk

ITM Beschlusswesen

Di 09.02.2021 10:45

An:ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

Von: BDR POR

Gesendet: Montag, 8. Februar 2021 15:31

An: beschluesse.rit; beschlusswesen.por; ITM Beschlusswesen

Cc: neoHR; por; BDR POR

Betreff: AW: Haushalt 2021; Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts im IT-Referat auf Grundlage der in der Vollversammlung am 19.11.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 01811) bzw. 16.12.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 02247) beschlossenen Vorgaben zum Haushaltssicherungsk

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Zuleitung der Beschlussvorlage „Haushalt 2021 - Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts im IT-Referat auf Grundlage der in der Vollversammlung am 19.11.2020“.

Das Personal- und Organisationsreferat antwortet als betroffenes Querschnitts- und Fachreferat darauf wie folgt:

- Aus Sicht der im POR für den Personalhaushalt zuständigen Fachabteilung geben wir folgenden Rückmeldung: Die Referate wurden am 19.11.2020 mit dem Beschluss „Haushalt 2021; Coronabedingte Zusatzaufwendungen und Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts aus dem Eckdatenbeschluss“ vom Stadtrat beauftragt, im ersten Quartal 2021 die jeweiligen Fachausschüsse mit der detaillierten Umsetzung der Einsparvorgaben zu befassen. Entsprechend den Vorgaben der Stadtkämmerei und des Personal- und Organisationsreferates kann die Befassung des Stadtrats grundsätzlich als Bekanntgabe erfolgen. Eine Beschlussfassung ist nur erforderlich, sofern das Referat plant, von der Zeilenvorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes abzuweichen.

Das IT-Referat bringt zwar eine Beschlussfassung in den Stadtrat ein, hält sich jedoch in der Zeile Personalaufwendungen bzw. -auszahlungen an die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes vorgegeben Einsparbeträge. Folglich besteht seitens des Personal- und Organisationsreferates keine Veranlassung für eine Stellungnahme.

- Aus Sicht des Programms neoHR möchten wir auf folgenden Sachverhalt hinweisen: Mit neoHR werden verschiedene Digitalisierungsvorhaben – mit und ohne eigene Beschlüsse - gebündelt bearbeitet. Im nun vorliegenden Beschluss des RIT sind die Budgetkürzungen bei den Einzelvorhaben / Projekten „Talent-Management-Suite“ (geführt unter 2.3.2.29 Kompetenzmanagement, „Workforce-Management“ (2.3.2.11) und „HR Reporting“ (2.3.3.9) aufgeführt. Nicht ersichtlich sind für uns die Kürzungen im Gesamtprogramm neoHR: im öffentlichen Beschluss zu neoHR vom 20.11.2019 sind im Haushalt des IT-Referats für 2021 3,9 Mio. € für das Programm neoHR veranschlagt. Diese Mittel wurden nach unserer Kenntnis um ca. die Hälfte reduziert. Weitere Mittel aus dem nicht-öffentlichen Beschluss vom 20.11.2019 sind an dieser Stelle noch nicht aufgeführt.

Wir haben angesichts der Haushaltslage der LHM natürlich Verständnis für die erforderlichen Einschnitte und die Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes 2021. Zugleich möchten wir aber aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit auf die Auswirkungen auf das Programm neoHR und die Fortschritte bei der Digitalisierung der Personalverwaltung hinweisen. Im federführenden Programmbereich „HR Technologie und Service“ des Programms neoHR werden auf Grundlage der Budgetkürzungen die Digitalisierungsvorgaben nun gemeinsam von IT-Referat und Personal- und Organisationsreferat repriorisiert und neu beplant. Es ist ersichtlich, dass die vorgenommenen Reduzierungen zu teilweise deutlichen Verzögerungen bei der Digitalisierung der Personalprozesse und damit der Modernisierung der HR-Funktion führen.

Wir bitten diese Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Datum: 10.02.2021

Tel.: 233 [REDACTED]

Fax: 233 [REDACTED]

Sachbearbeitung:
[REDACTED]

AZ: Stellungnahme_RIT_HSK 2021.docx

Gesamtpersonalrat

Stellungnahme; Beschluss Haushalt 2021; Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts im IT-Referat auf Grundlage der in der Vollversammlung am 19.11.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 01811) bzw. 16.12.2020 (Vorlagen-Nr. 20-26 / V 02247) beschlossenen Vorgaben zum Haushaltssicherungskonzept

An den
Referenten des Referats für Informations-
und Telekommunikationstechnik
Herrn Thomas Bönig

Sehr geehrter Herr Bönig,

der Gesamtpersonalrat hat sich in seiner Sitzung am 10.02.2021 mit der oben genannten Beschlussvorlage befasst und nimmt wie folgt Stellung:

Wir befinden uns in schwierigen Zeiten! In Anbetracht der Corona-Situation und der dadurch entstandenen angespannten Haushaltslage müssen wir uns gemeinsam der „neuen Realität“ stellen und im Interesse unserer Beschäftigten und der gesamten Stadtgesellschaft praktikable tragfähige Lösung für die Zukunft unserer Stadt entwickeln. Dabei muss oberste Priorität sein, die Leistungsfähigkeit unserer Stadt und damit auch die Leistungsfähigkeit unsere Beschäftigten als Motor und Herz unserer Stadtverwaltung zu erhalten und keinesfalls zu gefährden. Dies erfordert wohl überlegte Entscheidungen. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage haben Sie offensichtlich einen solchen Weg eingeschlagen. Anders wie in der Vergangenheit zu oft praktiziert, wurde diesmal nicht nach dem „Rasenmäherprinzip“ vorgegangen, sondern versucht eine überlegte, detaillierte, inhaltlich fundierte und vorausschauende transparente Abwägung vorzunehmen. Gerade im Hinblick auf die weitreichenden Auswirkungen auf die Umsetzung von IT-Vorhaben und Linienaufgaben des IT-Referats bzw. des Eigenbetriebs it@M und deren stadtweite Bedeutung, der weitaus schwierigere, aber der sachdienlichere Weg. Doch bei der Komplexität und engen Verzahnung vieler Themen bleibt es schwierig, wirklich alle möglichen Faktoren zu berücksichtigen und eine detaillierte abschließende Betrachtung mit einer genauen Abschätzung der direkten Auswirkungen und auch Folgewirkungen vorzunehmen. Dies muss aus unserer Sicht noch zeitnah weiter ausgearbeitet und präzisiert werden.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf einige wichtige Punkte hinweisen.

Durch die vorgenommenen Einschnitte wird die Digitalisierung entscheidend verlangsamt, d.h. wichtige anstehende Digitalisierungsprojekte ausgebremst oder sogar gestoppt. Damit bleibt die oft dringend erwartete Unterstützungen von Gesamtprozessen vorerst aus. Und gerade hier liegen viele Optimierungspotenziale. Umso wichtiger ist es für die Reaktivierung und einen reibungslosen Neustart vorzusorgen und entsprechende Konzepte zu erarbeiten.

Bei der Projektarbeit verspüren wir erste tiefgreifende Veränderungen. Einerseits erhöht sich stetig der Druck auf unsere Beschäftigten immer schneller Ergebnisse zu liefern, andererseits verbleibt eine überzogene Erwartungshaltung bei sich weiter verschlechternden Rahmenbedingungen. Immer öfter stehen nicht alle für die Projekte erforderlichen Ressourcen in der notwendigen Quantität und Qualität zur Verfügung. Die Gründe hierfür sind eine hohe Fluktuationsrate, der daraus resultierende Wissensverlust, die lange Dauer zur Nachbesetzung und der regelmäßige Aufwand für die Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen. Ein „agiler“ Verzicht auf notwendige wichtige Prozessschritte stellt dabei keine adäquate Lösung dar, sondern geht klar zu Lasten der Ergebnisqualität.

Besonders kritisch sehen wir auch die Einsparungen beim Betrieb der Filialen und des qualifizierten Servicedesk. Gerade in diesen durch die Reorganisation der IT neu aufgestellten und für die Stadtverwaltung so wichtigen Dienstleistungsbereichen sind Einsparungen besonders schwer zu verkraften. Ein verschlechterter Service, erhöhte Arbeitsbelastung, sinkende Motivation und Unzufriedenheit zeigen hier sofort weitreichende Wirkung. Genau diese Auswirkungen werden in der ganzen Stadtverwaltung spürbar sein und verschärfen die bereits ohnehin angespannte Situation in den von Einsparungen betroffenen Bereichen.

Bei den anstehenden Entscheidungen sollte uns immer bewusst sein, dass wir Alle im selben Boot sitzen. Wir haben unsererseits auch deshalb die Referatspersonalvertretungen angeschrieben und um eine Rückmeldung zu den anvisierten Einsparungen gebeten. Anbei übermitteln wir die bei uns eingegangenen, durchaus sehr kritischen, Rückmeldungen der Referatspersonalvertretungen. Wir hoffen, wir können damit auf weitere wichtige Punkte aufmerksam machen.

Im Interesse der Stadtgesellschaft, und insbesondere unserer Beschäftigten möchten wir hiermit eindringlich einen Appell an die Politik richten. Bitte achten Sie auf eine maßvolle und achtsame Umsetzung der Sparmaßnahmen. Es hilft uns als Stadtgesellschaft nicht, wenn wir für die Stadtverwaltung wichtige interne Dienstleistungsbereiche in ihrer Handlungsfähigkeit so beschneiden, dass dies negative Auswirkungen auf die Leistungserbringung unserer Beschäftigten gegenüber dem Bürger hat. Bevor wir bei solchen Dienstleistungen und wichtigen Zukunftsprojekten sparen, sollte zu allererst auf opulente publikumswirksame Vorhaben verzichtet werden. Solche Entscheidungen wären sicherlich auch den Bürgern zu vermitteln. Es geht darum, trotz aller Sparzwänge, nicht am falschen Ende zu sparen!

Und ein weiterer Hinweis an die Politik. Bitte sorgen Sie dafür, dass die „neue Realität“ für Alle gleichermaßen gelten! Insbesondere das teure Sponsoring von Gesellschaften mit mangelhafter Leistungserbringung sollte auf den Prüfstand gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

